

**Leserbrief zu: „CDU warnt vor Pseudo-Abitur an Gemeinschaftsschulen“ vom 13. März 2014 im Flensburger Tageblatt**

**Unnötige Panikmache**

Wie schon so oft, fällt der Landes-CDU und ihrer bildungspolitischen Sprecherin, Heike Franzen, nichts anderes ein, als eine erneute Panikmache gegen die von ihr ungeliebte Gemeinschaftsschule, die nun auch noch mit der Oberstufe zum Abitur führen soll. Sie warnt vor einem „Pseudoabitur“, verkennt dabei aber völlig, dass ein vollwertiges Abitur nicht nur an den 99 Gymnasien des Landes erworben werden kann, sondern seit über 20 Jahren auch an den 25 ehemaligen Gesamtschulen und 28 Beruflichen Schulen.

Wenn jetzt in den kommenden Jahren 15 zusätzliche Oberstufen an Gemeinschaftsschulen zum Abitur führen werden, ist das in erster Linie eine Stärkung des ländlichen Raums. Bis auf Dithmarschen werden dann alle Kreise in Schleswig-Holstein das Abitur an einer Gemeinschaftsschule anbieten. Damit verbunden ist das Angebot weiterer Profile und verkürzter Schulwege.

Was die KMK-Regelung anbelangt, ist zu vermuten, dass viele andere Bundesländer ebenfalls auf diese Ausnahmeregelung setzen. Frau Franzen und ihre CDU täten gut daran, sich auf Bundesländerebene für die Aufhebung der längst überfälligen Regelung zum sprachlichen Profil einzusetzen.

So aber bewirkt ihre unnötige Panikmache vor dem Abitur an Gemeinschaftsschulen nur eines: Eine Abqualifizierung von Zehntausenden von Schleswig-Holsteinern, die in den vergangenen Jahrzehnten ihr Abitur nicht im sprachlichen Profil am Gymnasium abgelegt haben.

**Dr. Hans-Werner Johannsen**

Tarp